

Gärtner-Zeitung.

Zentralorgan für die Interessen aller im Gartenbau und in der
Blumen- und Kranzbinderei tätigen Personen.

Offizielles Organ des
Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins (Sitz: Berlin).

Mit illustrierter Monatsbeilage „Gärtnerei-Fachblatt“.

Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins erhalten die Zeitung gratis.

Erscheint
wöchentlich jeden
Sonntag.
Jährlich
52 Nummern.

Abonnements
nehmen alle Post-
anstalten entgegen.
Preis vierteljährlich
3.90 Mark.

Redaktion und Expedition:
Berlin N.37, Metzger Straße No. 3.

Eigentümer und Herausgeber:
Hauptvorstand des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins.

Redaktionsschluß:
Jeden Dienstag Morgen.

Vom 1. Januar ab

befinden sich sämtliche Verwaltungsräume der Hauptverwaltung des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins, desgleichen diejenigen der Ortsverwaltung Groß-Berlin (einschließlich Stellennachweis) und des 6. Agitationsbezirks nicht mehr Metzger Straße 3, sondern in

➔ **Berlin S 42, Luisenufer 1.** ➔

Sendungen jeder Art sind vom 1. Januar 1911 an diese neue Adresse zu richten.

Der Hauptvorstand. I. A.: Josef Busch.

Der Arbeitslohn und die Dreiteilung der Arbeiterbewegung.

(Schluß.)

III.

Außer der volksfeindlichen Zoll- und Steuerpolitik beobachten wir seit einigen Jahrzehnten noch eine andre auf Verteuerung der Lebensmittelpreise gerichtete Strömung, die in den Unternehmerkartellen, den sogenannten Trusts, Syndikaten oder Ringen zutage tritt. Nehmen wir als Beispiel den Petroleumtrust der Rockefeller und Konsorten. Diese Räuber haben sich vereinigt zu dem Zweck, den Preis des Petroleums in die Höhe zu treiben, wodurch ihnen ungeheure Gewinne in den Schoß fallen. Diejenigen ihrer Kollegen, die sich ihnen trotz alles Zuredens nicht anschließen wollen, suchen sie durch einen rücksichtslos durchgeführten Boykott aufs Trockene zu setzen und dadurch zur Übergabe zu zwingen; sie sperren ihnen die Zufuhr von Rohmaterialien und Arbeitsmitteln, sie nehmen ihnen durch absichtliche Preisunterbietung die Kundschaft weg, sie drohen mit Verrufserklärung, kurz, sie üben gegen die Widerspenstigen einen Terrorismus, der, von Arbeitern gegen Kollegen geübt, Polizei, Staatsanwalt, Gerichte, Behörden und Parlamente in Bewegung setzen würde. In den allermeisten Fällen erreichen die „organisierten Räuberbanden“ ihren Zweck, das konsumierende Publikum gründlich und nach allen Regeln der Kunst zu brandschatzen.

Je weiter die Ringbildung fortschreitet und je mehr Produktionsgruppen sie ergreift, desto schlimmer wird diese Brandschatzung der Arbeiterklasse. Schon heute spürt die Hausfrau die unheilvolle Wirkung derselben an den erhöhten Preisen für Seife, Petroleum, Steinkohlen, Zucker usw.; wenn aber erst sämtliche Produktionszweige, durch das Beispiel und die Erfolge der andern gereizt, zur Kartellierung übergegangen sein werden, wird sie es noch viel stärker spüren. Sie muß dann eben für dasselbe Quantum Ware mehr ausgeben als früher, oder vielmehr sie kann, da

das ihr zur Verfügung stehende Hausstandsgeld nach oben begrenzt ist, weniger einkaufen als früher; sie muß sich einschränken, und die Familie muß den Hungerriemen fester um den Leib schnallen. Eine durch die Unternehmerkartelle herbeigeführte Verteuerung der Lebensmittel bedeutet also eine indirekte Verminderung des Arbeitslohnes und damit eine ganz ungeheure Schädigung des Arbeiters und seiner Familie.

Da die Gewerkschaften eine Erhöhung des Arbeitslohnes und damit der Lebenshaltung ihrer Mitglieder bezwecken, so müssen sie selbstverständlich den niederdrückenden Tendenzen des Unternehmertums auch nach dieser Richtung hin entgegentreten. Auf rein gewerkschaftlichem Wege wird ihnen dies unmöglich sein, sie müssen also auch hier wieder Arbeiterpolitik treiben, indem sie den Staat zwingen, den modernen Raubritterbanden das Handwerk zu legen. Daß der Staat hierzu nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht hat, kann kein denkender Sozialpolitiker mehr bestreiten, und erfreulicherweise findet die Forderung, die Raubgier der Unternehmerkartelle zu zügeln, auch in der Bourgeoispreß immer mehr Vertreter. Die auf dem Recht des Stärkeren beruhende freie Konkurrenz enthüllt ihre innere Unwahrheit und Schädlichkeit immer deutlicher. Die Gewerkschaften müssen also diejenigen Maßregeln unterstützen, die geeignet sind, den Staat gegen das kartellierte Unternehmertum zu stärken.

Ob der moderne Staat diesen Kampf energisch aufnehmen und siegreich durchführen wird, erscheint äußerst zweifelhaft, da alle Anzeichen dagegen sprechen. Deshalb ist es notwendig, daß sich das Proletariat nach neuen Methoden des Kampfes umschaue. Und hier bietet sich das Genossenschaftswesen als ein Mittel dar, um der Kartellwirtschaft einen Dämpfer aufzusetzen; denn nur eine straffe, einheitliche Organisation der Konsumenten wird in der Lage sein, das konsumierende resp. kaufende Publikum gegen die organisierten Raubzüge der Unternehmerr-

kartelle zu schützen. Einen Einfluß auf die Preispolitik der Unternehmerkartelle vermögen die Abnehmer offenbar nur da auszuüben, wo sie dem Kartell organisiert als fest geschlossene Masse gegenüberstehen. Wie da, wo die Produzenten der Konsumenten als kompakte Masse gegenüberstehen, die ersteren den letzteren mühelos ihren Willen hinsichtlich der Preise aufzuzwingen vermögen, so können dort, wo die Käufer konzentriert und einheitlich organisiert auftreten, diese den Produzenten die Preise diktieren. Den Zwischenhändlern gegenüber sind die Kartelle augenscheinlich die Stärkeren, weil sie den Zwischenhandel unter Umständen durch Einrichtung eigener Verkaufsstellen ganz ausschalten können. Starken Konsumentenvereinigungen gegenüber aber müssen sie naturgemäß Rücksicht walten lassen und ihre Raubtierkrallen einziehen.

Zur Bekämpfung aller wirtschaftlichen Schäden wird bekanntlich stets die Organisation als wichtigstes Heilmittel empfohlen, und wo in aller Welt könnte es eine stärkere Macht geben als die Organisation der Konsumenten, die organisierte Kundschaft? Den Monopolgelüsten des Unternehmertums kann kein anderer wirtschaftlicher Faktor so erfolgreich gegenüber treten wie das Kartell der Abnehmer, d. h. der Zusammenschluß der Konsumenten in Konsumgenossenschaften resp. Konsumvereinen und die Zusammenfassung dieser kleineren Glieder zu einem großen allumfassenden Verbandsverbande. Es kann niemals einen stärkeren Damm geben gegen die Herrschaftsgelüste des Kapitals als ein gleich starkes Kartell der Konsumvereine. Wo die letzteren, wie in England, bereits einen großen Teil des ganzen Inlandskonsums beherrschen, wo sie eigene Betriebswerkstätten besitzen und zur Herbeischaffung der überseeischen Bedarfsartikel eigene Schiffe auf dem Meere haben, da bilden sie eine Macht, mit der auch das selbstherrlichste Unternehmerkartell rechnen muß. Wie sich an derartigen Rieseninstitutionen der Übermut der Kartelle bricht, das zeigt eine Äußerung des Vorsitzenden der englischen

Großhandelsgenossenschaft, der auf eine Frage, wie sich das von ihm vertretene Institut zur Frage der Kartelle stelle, stolz antwortete: „Für unsre Großhandelsgenossenschaft gibt es keine Kartelle!“

Durch mächtige Konsumentenverbände tritt das große Publikum zu den Unternehmerkartellen in dasselbe Verhältnis einer gleichberechtigten Großmacht, wie die Arbeiter, die in mächtigen Gewerkschaften dem Unternehmertum gegenüberstehen. Aus diesem Grunde schon ist es die Pflicht eines denkenden Arbeiters, sich mit dem Genossenschaftswesen zu beschäftigen und sich der Konsumentenvereiner anzuschließen. Nur dadurch, daß die Kaufkraft der einzelnen Arbeiterfamilie zu einer Massenkaukraft zusammengeschlossen wird, ist es möglich, dem kartellierten Unternehmertum die Spitze zu bieten. Konsumentenkartell gegen Produzentenkartell — das muß die Parole sein!

Endlich, und nicht am wenigsten, spielt auch der Zwischenhandel eine unheilvolle Rolle bei der Verteuerung der Lebensmittel. Die Sache verläuft ja regelmäßig nach einem bestimmten Programm: Durch die volksfeindliche Zoll- und Steuerpolitik werden dem arbeitenden Volke neue Lasten auferlegt, die Unternehmerkartelle treiben durch ihr festes Zusammenhalten die Lebensmittelpreise in die Höhe, und dann kommen die Zwischenhändler her und rupfen durch einen Extraaufschlag die Konsumenten erst recht. Und sich gegen eine derartige Ausraubung zu wehren, ist nicht nur das gute Recht, sondern auch die verdammte Pflicht und Schuldigkeit der Konsumenten.

Aber auch ganz hiervon abgesehen, wird eine Regelung der Güterverteilung immer notwendiger. Der heute übliche Zwischenhandel bedeutet eine ungeheure Kräftezersplitterung und Kräftevergeudung, wodurch die Waren naturgemäß ungebührlich verteuert werden müssen. Die zahllosen überflüssigen Arbeitskräfte, die darin brach liegen, die Ladenmieten, die Reklamen und die verschiedenen andern Spesen werden selbstverständlich auf die Preise der Waren aufgeschlagen und müssen von den Käufern bezahlt werden. Gerade im Gebiet der Güterverteilung wird der Arbeiter arg gerupft; er wird von allen Geschäftsleuten ohne Ausnahme übers Ohr gehauen, vom Hausierer nicht minder wie vom Kleinhändler, Krämer, Agenten, Makler, Großhändler usw. Allen diesen Leuten muß er fortwährend seinen Tribut zahlen, weil sie alle einen möglichst hohen Aufschlag nehmen auf die Waren, an deren Verteilung sie mitwirken; sie alle wollen leben, und zwar gut leben, und nicht nur gut leben wollen sie, sondern auch noch Geld auf die Seite legen. Daß sie dies auch fertig bringen, geht daraus hervor, daß es heutzutage viel vorteilhafter und einträglicher ist, den Vermittler zu spielen im Gebiet der Güterverteilung, als durch produktive Arbeit Gebrauchsgegenstände herzustellen. Dies ergibt sich auch ganz deutlich aus der bekannten Tatsache, daß alljährlich Tausende und Abertausende von Menschen in die Sphäre des Handels strömen, wo sie eine bequemere Arbeit, eine größere Unabhängigkeit und ein höheres Einkommen zu finden glauben, als wenn sie Arbeiter blieben. Und weil dies Hineinströmen so rapide zunimmt, entspinnt sich dort ein so heftiger, erbitterter Konkurrenzkampf, daß der Profit selbst in Gefahr gerät. Diese parasitischen (schmarotzerhaften) Zwischengewächse, diese Mittelstandsleute des Handels verlangen nun, daß ihr Profit und damit ihre Existenz vom Staate gewährleistet werde. Damit sie, die „staats-

erhaltenden Elemente“, eine gute, auskömmliche und gesicherte Existenz haben, sollen die Arbeiter von ihrem sauer verdienten Lohn einen gewissen Teil abgeben. Nach der Meinung dieser Leute muß der Arbeiter, ohne eine Miene zu verziehen, seine Lebensmittel und seinen sonstigen Bedarf teuer bezahlen, lediglich zu dem Zwecke, damit der sinnlos betriebene, Kräfte zersplitternde und Kräfte vergeudende Zwischenhandel verewigt wird. Demgegenüber ist aber eine vernünftige Regelung der Güterverteilung zu einer unbedingten Notwendigkeit geworden. Die Arbeiter müssen endlich die Überzeugung gewinnen, daß es töricht ist, ihre Kundschaft an jeden beliebigen Krämer und Händler zu verschleudern, anstatt zu einer Genossenschaft zusammenzutreten und die Vorteile des gemeinsamen Einkaufs und der planmäßigen Verteilung der Waren selbst für sich in Anspruch zu nehmen. Glücklicherweise findet die Überzeugung von der Notwendigkeit der genossenschaftlichen Betätigung immer mehr Boden in der deutschen Arbeiterschaft, wovon die praktischen Erfolge der Genossenschaftsbewegung deutlich Zeugnis ablegen.

Wir kommen zum Schluß unsrer Ausführungen und fassen sie dahin zusammen; Weil der Arbeitslohn eine relative Größe und von verschiedenen Umständen abhängig ist, so ergibt sich daraus die Notwendigkeit, daß der Arbeiter diese Umstände in einem für ihn günstigen Sinne zu beeinflussen sucht. Diese Beeinflussung ist nur auf dem Wege der Organisation möglich, und deshalb muß ein klassenbewußter Arbeiter in seinem ureigensten Interesse sich der gewerkschaftlichen, der politischen und der genossenschaftlichen Organisation anschließen.

Eine arbeiterfreundliche Lohnpolitik treiben heißt also nichts andres, als durch starke gewerkschaftliche, politische und genossenschaftliche Arbeiterverbände den Arbeitslohn, diese wichtigste Existenzbedingung des Arbeiters, absolut und relativ in die Höhe zu treiben.

Eine Kriegserklärung des Zentralverbandes deutscher Industrieller gegen die organisierte Arbeiterschaft.

Daß die perfide Hetze der Konservativen gegen die Arbeiterschaft bei den Mitgliedern des Zentralverbandes deutscher Industrieller Verständnis und Unterstützung finden würde, darauf war von vornherein zu rechnen; denn allzu tief wurzelt in den Herzen der rheinisch-westfälischen Kohlen-, Eisen- und Stahlmagnaten der Haß gegen die industrielle Arbeiterschaft, die sich nicht nur herausnimmt, durch ihre steigenden Lohnforderungen die hohen Profite ihrer „Arbeitgeber“ zu schmälern, sondern die durch ihre Agitation für die Ausweitung der sozialpolitischen Gesetzgebung auch die heiligen gottgegebenen „Herrenrechte“ des Unternehmertums anzutasten wagt. Die am 9. Dezember in Berlin im Hotel Adlon abgehaltene Delegiertenversammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller, in der der scheidende Generalsekretär des Verbandes, Herr H. A. Bueck, zum letztenmal den Geschäftsbericht erstattete und im Anschluß an diesen offenherzig seine Auffassung über die heutige politische Lage ausplauderte, gestaltete sich denn auch zu einer großen Hetzdemonstration gegen die aufgeklärte Arbeiterschaft. In gewisser Hinsicht ging Herr Bueck, der allem Anschein es nicht mehr für nötig hielt, sich noch irgend welchen Zwang aufzuerlegen, sogar noch in seinen Wünschen und Drohungen um ein Beträchtliches über das hinaus, was sich in den letzten Wochen die „Konserv. Korresp.“, „Kreuz-Ztg.“ und „Deutsche Tagesztg.“ geleistet haben. Offen proklamierte er unter dem Beifall der Schlotbarone die völlige Niederzwangung und Vernichtung der Ge-

werkschaften, die gänzliche Aufhebung des Koalitionsrechts, und er richtete an die Regierung die kategorische Forderung, alle Mittel anzuwenden, um den Reichstag zur Annahme einer verbesserten Neuaufgabe der bekannten Zuchthausvorlage zu zwingen.

Nachdem Herr Bueck sich ausführlich gegen den Bund der Industriellen und gegen den Bund der Landwirte gewandt hatte, sagte er:

„Noch im vorigen Jahre habe ich der Versammlung der Arbeitgeberverbände der Zuversicht Ausdruck geben können, daß selbst die mächtigsten Gewerksvereine den vereinigten Arbeitgeberverbänden und ihrem Kapital nicht widerstehen könnten. Diese Zuversicht habe ich heute nicht mehr! Denn die Bestrebungen der Sozialdemokratie haben in meinen Augen ihren utopistischen Charakter verloren und nähern sich immer mehr der Wirklichkeit. Es waren namentlich die drei großen wirtschaftlichen Kämpfe des letzten Jahres, die so deprimierend auf meine Meinung gewirkt haben. Im Baugewerbe kam schließlich ein Kompromiß zustande, das aber in der Hauptsache als Niederlage der Arbeitgeber zu bezeichnen ist. Ich habe dabei den Mut der Herren vom Reichsamt des Innern bewundert, die den Arbeitern gegenüber gewissermaßen eine Garantie dafür übernahmen, daß die Arbeitgeber nach drei Jahren in der Lage sein würden, höhere Löhne zu zahlen. (Sehr gut!) Bei solchen Kompromissen zieht in der Regel der Arbeiter den Vorteil. Ich halte es daher auch nicht für richtig, daß sich die Behörden in solche Srrreitigkeiten einmischen. (Lebhafte Zustimmung.) Auch der Streik der Werftarbeiter und der Straßenbahnerstreik in Bremen endeten mit einer Niederlage der Arbeitgeber. Die muster-gültig geleiteten Organisationen der Arbeiter haben sich zu einer furchtbaren Waffe entwickelt. Mit Aussperrungen drohen, damit wird nichts erreicht, darüber lachen die Leute bloß. Kleine Aussperrungen von 30 000 bis 40 000 Mann werden auch von den mächtigen Gewerkschaften mit Leichtigkeit getragen. Die gegenwärtige Lage stellt den deutschen Arbeitgeber vor die Alternative: zunächst unter Überwindung der aus kleinteiligen Gründen herbeigeführten Spaltung der Industrie sich fest zusammenzuschließen, in dem festen Willen, große Opfer zu bringen, und in der unerschütterlichen Absicht, die Gewerkschaften niederzuzwingen, zu zerschlagen, zu vernichten; das muß das Ziel sein, etwas andres gibt es nicht —, oder sich unter die Herrschaft der Gewerkschaften, der Hetzer und Aufrührer zu beugen und nach ihrer Pfeife zu tanzen. (Sehr richtig!) Wenn das aber erst eintritt, dann wird die Sozialdemokratie die erste Etappe auf dem Wege zu ihrem Ziele erreicht haben.

Und warum ist die Sozialdemokratie so groß geworden? Weil eine gewisse sozialistische Geistesrichtung in unsrer wissenschaftlichen Vertretung, in unsrer politischen Parteien und Gesetzen der Machtentfaltung der Sozialdemokratie Vorschub leistet. Unter diesen mächtigen Faktoren ist das Koalitionsrecht zu einem Koalitionszwang geworden. Wir haben häufig auf diese Zustände aufmerksam gemacht, immer umsonst. Ich habe Grund, anzunehmen, daß unsre Verbündeten Regierungen und die höchste Person der Annahme sind, daß unsre bestehenden Gesetze bei genügender Handhabung ausreichen, um dem Treiben, den Schandtaten der Sozialdemokratie voll entgegenzutreten zu können.“

Dann kam Herr Bueck auf die abgelehnte Zuchthausvorlage zu sprechen und erklärte:

„Ich habe seinerzeit den Beweis geführt, daß das Gesetz weder ein Ausnahmegesetz war, noch die Koalitionsfreiheit antastete, und es ist auch nicht einmal versucht worden, meinen Beweis zu entkräften. Dennoch wurde das Gesetz vom Reichstage unter dem Namen „Zuchthausvorlage“ in der schroffsten Weise erledigt. Seit dieser Niederlage der Regierung ist kein Versuch gemacht worden, der Sozialdemokratie entgegenzutreten; wir haben vielmehr eine Reihe von Gesetzen bekommen, mit denen das System der Vorschubleistung der Sozialdemokratie noch weiter durchgeführt worden ist. Mit rücksichtsloser Brutalität und im Bewußtsein der Straflosigkeit werden die Ziele der Sozialdemokratie verfolgt. Sie wollen den Umsturz des Staates, das wird offen von ihnen gesagt, ohne daß sie dafür bestraft werden. Das Recht auf die Straße haben sie sich schon erobert, und die traurigen Vorgänge in Moabit haben gezeigt, wie tief das Ansehen der Autorität schon

gesunken ist. Wenn unsre Machthaber behaupten, daß die Gesetze ausreichen, so behaupte ich, daß sie gar nicht Gelegenheit haben, die Mißstände zu erkennen. Arbeitswillige können halb totgeschlagen werden und machen doch keine Anzeige, weil sie sich nicht der Rachsucht ihrer Genossen aussetzen wollen. Dazu tritt die Verhetzung in Wort und Schrift. Diese Freiheit ist von dem national erstarkten England zu uns gekommen. Bei uns sollte man das zarte Pflänzchen des Nationalgefühls nicht dem verdorrenden Hauche der Sozialdemokratie aussetzen.

Alle diese Verhältnisse haben Ihr Direktorium veranlaßt, das Odium auf sich zu nehmen und in einer Eingabe zur Novelle zur Strafprozeßordnung schwerere Strafen gegen die Untaten der Sozialdemokratie zu fordern. (Bravo!) Wenn es unmöglich ist, solche Gesetze durchzubringen, dann möge die Regierung alle Mittel anwenden, um zu sehen, ob nicht der Reichstag gefügig zu machen ist. (Bravo!)

Die Rede ist kennzeichnend für die heutige Lage. Die Schlotbarone stellen sich trotz aller wirtschaftlichen Differenzen den Krautjüngern zur Verfügung für den Kampf gegen die um Besserung ihrer Lebenslage ringende Arbeiterschaft. Das erklärt auch, warum die großindustrielle Presse den Versuch der konservativen Blätter, die Unruhen in Moabit als die „Vorexerzition zu der demnächst bevorstehenden blutigen Revolution“ hinzustellen, so voll heißer Sympathie unterstützt hat. Und der Zentralverband ist kein zu unterschätzender Gegner. Er besitzt nicht nur in den sogenannten allerhöchsten Kreisen enormen Einfluß, sondern häuft auch seit Jahr und Tag große Kampffonds auf. Es steht ein Kampf gegen die vereinigten reaktionären Gewalten bevor, wie wir ihn noch nicht erlebt hatten. Rüsten wir!

Der Zentralverband deutscher Industrieller hat aus Dankbarkeit für die Leistungen seines Generalsekretärs Herrn H. A. Bueck eine Bueck-Stiftung errichtet. Gleich am ersten Tage dieser Bekanntgabe wurden dafür 700 000 Mark gezeichnet, und erst der kleinere Teil der Mitglieder hat seiner diesbezüglichen moralischen Verpflichtung Ausdruck gegeben. Ingesamt dürften an die 2 Millionen Mark zusammenkommen. Woher stammt dieses Geld? Sind es Entbehrungsprofite der Unternehmer? Es ist ein Teilchen des der Lohnarbeiterschaft mit wirtschaftlichen und politischen Machtmitteln ausgepreßten Mehrwerts, mit andern Worten: des zu wenig ausgezahlten Lohnes. Man sieht aber aus diesem Beispiel, wie wertvoll den Ausbeutern ein Scharfmacher wie der Herr H. A. Bueck ist. — Als Nachfolger des nun in den wohlverdienten Ruhestand getretenen Herrn Bueck hat sich der Zentralverband einen Mann aus den hohen preußischen Regierungskreisen verschrieben, einen preußischen Geheimrat Schweighofer.

Die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung nach den Beschlüssen der Reichstagskommission.

Nach dem Abschluß der Verhandlungen der Reichstagskommission über den Abschnitt der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung in der Reichsversicherungsordnung soll hier ein Überblick über die wichtigsten Beschlüsse folgen.

Die Bemühungen unsrer Genossen in der Kommission mußten im wesentlichen darauf gerichtet sein, die minimalen Leistungen der bisherigen Versicherung, die auch in der neuen Vorlage unberührt blieben, zu erhöhen. In der ersten Lesung wurde von unsern Parteigenossen eine Verdoppelung der Leistungen gefordert und eine Einteilung von 7 Lohnklassen bis zur Höchstgrenze der Versicherungspflicht von 2000 Mk. Jahreseinkommen. Entsprechend dieser Anforderung wurde auch die Erhöhung der Beitragleistungen sowie des Reichszuschusses um das Doppelte verlangt. Berücksichtigt man, daß im Jahre 1908 die Durchschnittsrente für Invaliden 170,31 Mk. und die Altersrente 163,50 Mk. betrug, so wird man zugeben, daß eine Verdoppelung dieser Leistungen eine Rente in nur sehr bescheidenem Umfange geboten hätte. Es konnte von den Gegnern nicht eingewendet werden, daß die sozialdemokratischen Vertreter es verabsäumten, für die erforderlichen Mittel Sorge zu tragen, die die Erhöhung der Rente beansprucht. Die Anträge besagten, daß, wenn solche Anforderungen gestellt werden, auch die Beiträge verdoppelt werden müssen. Mit guten Gründen konnten unsre Genossen hervorheben, daß die Arbeiter die

größeren Lasten tragen werden, wenn die Versicherung die Aussicht auf eine, bescheidene Ansprüche rechtfertigende Rente eröffnet. Aber die gegnerischen Parteien boten nach keiner Seite hin eine hilfsbereite Hand, um auch nur irgend eine Erhöhung der Rente zu befürworten. Sie konnten die Bereitwilligkeit der Arbeiter zur höheren Beitragsleistung nicht bestreiten, mit umso größerem Nachdruck wiederholten sie, was der Zentralverband Deutscher Industrieller als sein sozialpolitisches Programm festgesetzt hatte, keinen Pfennig mehr für die Arbeiterversicherung! Und so wurde von allen Seiten dasselbe Klagegeld erhoben, die Industrie kann die höheren Lasten nicht tragen. Von unsern Genossen wurde den Herren entgegengehalten, daß ja die Unternehmer im Zentralverband Deutscher Industrieller sich bereit erklärt hatten, 56 Millionen mehr Beiträge zur Krankenversicherung zu leisten, wenn ihnen die Krankenkassen ausgeliefert werden und die Arbeiter aus der Verwaltung herausgeworfen werden. Diese 56 Millionen sollten in der Invalidenversicherung nutzbar gemacht werden, für die Krankenversicherung werden die Arbeiter wie bisher ihren Beitragteil leisten. Aber mit der Regierung blieben die Vertreter der bürgerlichen Parteien in der ablehnenden Haltung gegen jede Mehrleistung für invalide Arbeiter. Die kleine Vergünstigung, die dem invaliden Arbeiter geboten werden sollte, der noch Kinder unter 15 Jahren zu versorgen hat, steht noch in unsicherer Prüfung, ob eine solche Aufbesserung der Rente aufrechterhalten bleibt.

Mit dem gleichen ergebnislosen Bemühen endete der Versuch unsrer Genossen, für die Techniker und Werkmeister die Versicherungsgrenze über 2000 Mk. auszudehnen. Die bürgerlichen Parteien, die sonst in allen Tönen die sozialpolitischen Forderungen der Privatgestellten preisen, versagten in der Praxis, es blieb der sozialdemokratischen Partei vorbehalten, nachdrücklich für die wirkliche Durchführung der Forderung zu wirken.

Ein nicht unwichtiges Kapitel bildete bei der Beratung die Stellung der bürgerlichen Parteien zu dem Antrag, die Altersrente anstatt von 70 von 65 Jahren ab zu gewähren. Es dürfte kaum eine bürgerliche Partei geben, die diese Forderung nicht im Reichstag erhoben hat. Aber wie in so manchen sozialpolitischen Forderungen ergab sich auch hier, daß das Verlangen und Halten in sozialpolitischen Fragen bei den bürgerlichen Parteien sehr verschiedene Dinge sind. Eine Partei nach der andern ließ in der Kommission erklären, daß man für den Antrag nicht stimmen könne, weil eine Beitragserhöhung der Industrie nicht zugemutet werden kann, obwohl nach Berechnung der Regierung diese Anforderung erfüllt werden kann, wenn der Betrag um 5 Pfg. erhöht wird. Die Industrie kann also einen Beitrag von 2½ Pfg. für alte Arbeiter, deren Arbeitskraft verbraucht wird, nicht leisten. Das festzustellen war immerhin sehr wichtig, denn es kennzeichnet die unwahre Stellung der bürgerlichen Parteien zur Arbeiterversicherung und deren Ausgestaltung.

Nicht besser erging es einer Anregung unsrer Genossen, daß dem invaliden Arbeiter, wenn er in der Krankenkasse keine Unterstützung mehr zu beanspruchen hat, freie ärztliche Behandlung und Heilmittel gewährt werden. Der Antrag bezweckte, den Invaliden nicht in die üble Lage zu bringen, die Armenunterstützung und den Armenarzt in Anspruch zu nehmen; es ist leider nicht gelungen, dies zu verhindern, denn auch hier versagten die bürgerlichen Parteien.

Jede Ausdehnung der Versicherungspflicht über den Rahmen der Vorlage war in der Kommission unmöglich, selbst die so dringend notwendige Versicherung der Heimarbeiter fand von keiner bürgerlichen Partei Unterstützung, obwohl im Reichstag wiederholt den Heimarbeitern das Versprechen gegeben wurde, die Invaliden- und Altersversicherung auch ihnen zugänglich zu machen.

Eine wichtige Aufgabe der Landesversicherungsanstalten bestand bisher in der Ausgestaltung der Einrichtungen für die Übernahme des Heilverfahrens. Es bot denjenigen Personen, die an chronischen Krankheiten leiden und eines längeren Heilverfahrens bedürfen, die Möglichkeit, eine Heilung oder Besserung ihres Leidens zu erlangen. Die freie Ausgestaltung dieses Unterstützungszweiges soll künftig den Versicherungsanstalten nicht mehr gestattet werden, denn die Konservativen, Nationalliberalen und das Zentrum brachten es dahin, daß künftig bei Verwendung von mehr als 7% der Beitragseinnahme für diese Zwecke die Zustimmung des Reichsversicherungsamtes eingeholt werden muß. Es ist ja bekannt, daß im Reichstag schon Anklagen erhoben wurden, daß die Lungenheilstätten mit soviel Luxus ausgestattet sind. Gehe der Antrag nach dieser Richtung, so bedeutet er ein

Zurückdrängen in der Bekämpfung der Lungentuberkulose.

Auch der Handwerker hat man in recht eigentümlicher Weise gedacht. Während es bisher möglich war, daß jemand, der einige Jahre keine Marken geklebt hatte, wenn er 200 Marken wieder aufs neue klebte, seine früheren Beitragsleistungen wieder angerechnet erhält, soll künftig derjenige, der 60 Jahre alt ist, nur dann wieder eine Erneuerung seiner Ansprüche erwerben, wenn er vorher bereits 1000 Marken geklebt hat. Derjenige, der 40 Jahre alt ist, kann nur dann seine Ansprüche aus früheren Beitragsleistungen wieder erneuern, wenn er mindestens 500 Beiträge früher geklebt hatte. Alle diese Erschwernisse werden im wesentlichen sich gegen die Handwerker richten, denn wer unterbricht die regelmäßige Beitragsleistung? Das wird vielfach der Handwerker sein, der durch ungünstige finanzielle Verhältnisse gezwungen, die Beitragsleistungen unterläßt, um nun später zu erkennen, daß für alle Fälle sein Anspruch damit verloren ist und auch seine Beiträge dahin sind.

Für die Arbeiter war auf Anregung von unsern Genossen in erster Lesung bestimmt, daß der Arbeitgeber, der die Quittungskarte in Verwahrung hat, gezwungen ist, sie zur rechten Zeit dem Arbeiter zum Umtausch zu übermitteln. Es sollte damit verhindert werden, daß durch ein zu spätes Umtauschen der Quittungskarten dem Versicherten ein Schaden entsteht. In der zweiten Lesung waren dem Zentrum Bedenken aufgestiegen, ob man diese Anforderung an den Arbeitgeber stellen kann, und mit ihren konservativen Freunden, denen sich die Nationalliberalen zugesellten, führten sie die Streichung dieser Bestimmung wieder herbei.

Die Witwen- und Waisenversicherung ist aus der dürftigen Rentenleistung nicht herausgehoben. Der Versuch unsrer Genossen, allen Witwen versicherter Arbeiter die Witwenrente zu gewähren, scheiterte an dem einstimmigen Widerspruch der bürgerlichen Parteien; es blieb dabei, daß nur im Falle der Invalidität die Rente gezahlt wird, d. h. eine Witwe, die durch Krankheit bereits zwei Drittel ihrer Erwerbsfähigkeit eingebüßt hat, wird erst der „Segnung“ dieses Gesetzes teilhaftig, indem sie eine schmale Rente bekommt, die sich auf dem Niveau der Invalidenrente hält. Unsre Genossen beanspruchten, daß die Witwenrente mindestens im Umfang der Unfallrente gegeben werden muß, also 20% des Jahresarbeitsverdienstes und einschließlich der Waisenrente bis zu 60% im Höchstfalle betragen sollte. Durchschnittlich beträgt heute der Beitrag für die Invalidenversicherung 28 Pfg. pro Woche; die von den Sozialdemokraten geforderte Rente würde nach der Berechnung eines Regierungsvertreters 60 Pfg. Beitrag erfordern. So schwer bei den Lasten, die heute die Arbeiterschaft zu tragen hat, eine höhere Beitragsleistung empfinden würde, — im Hinblick auf die Fürsorge, die in diesem Falle den Hinterbliebenen des versicherten Arbeiters zuteil würde, der Beitrag würde ohne Bitterkeit geleistet werden. Indes nicht daran scheiterte diese wichtige soziale Fürsorge, daß die Arbeiter nicht bereit wären, die Beiträge zu leisten, sondern weil die bürgerlichen Vertreter auch hier wieder erklärten, die Industriellen wollen diese geringe Beitragsleistung nicht übernehmen, und so bleibt die Witwe auch künftig der Armenfürsorge überlassen, weil die Hinterbliebenenversicherung in 95 von 100 Fällen versagt und die Elendsunterstützung nur einer arbeitsunfähigen, kranken, sieben Frau gewährt wird.

Auch die neue Zusatzversicherung, die es jedem gestattet, nach freiem Ermessen Beiträge in Höhe von einer Mark zu kleben, um seine Rente zu erhöhen, blieb in den ungenügenden Leistungen stecken, daß nur die Invalidenrente durch die Zusatzversicherung um ein Geringes erhöht wird, für die Alters- und Witwenrente werden die Beiträge nicht angerechnet. Alle Versuche, diese Versicherung auch für die Hinterbliebenen zweckdienlich zu gestalten, fanden den Widerstand der Konservativen, Nationalliberalen und des Zentrums. So wird die Zusatzversicherung wohl eine Einrichtung bleiben, die nie zu einer vollen Lebensfähigkeit sich entwickelt, denn der Anreiz für diese Zusatzversicherung fehlt, und damit bleibt die Zusatzversicherung auf dem Papier stehen. Die Kommissionsbeschlüsse enthalten mithin keine wesentliche Besserung der Vorlage; jeder erhebliche Schritt nach vorwärts, um weiter die Leistungen auszugestalten, um den Invaliden und den Hinterbliebenen eine Rente zu sichern, die Not und Elend von den Bedürftigen fernhalten kann, unterließ. Es bleibt die Invaliden- und Hinterbliebenenunterstützung ein schwächliches Werk, das seinen großen sozialpolitischen Namen nicht verdient,

Zustände in der Landschaftsgärtnerei Meurer in Dresden.

Bei jeder Lohnbewegung, die wir in der Dresdener Landschaftsgärtnerei führen, verweisen uns die Arbeitgeber regelmäßig auf die niedrigen Arbeiter- und Gehilfenlöhne und die Schmutzkonzurrenz der Firma Meurer. Daß diese Firma Gartenbesitzern Arbeitskräfte zu 45 und 50 Pfg. pro Stunde zur Verfügung stellt, ist eine Tatsache.

Man soll uns aber nicht damit kommen, als wenn wir uns nicht dagegen gewendet hätten. Dreimal, und zwar 1905, 1906 und 1908 haben wir den Betrieb bestreikt, 1905 mit vollem Erfolg. Die andern Jahre mußten wir den Kampf mit teilweisem Erfolg abbrechen, weil ein Teil Kollegen stehen blieb und die Firma außerdem Hilfsarbeiter (entlassene Strafgefangene und dergl.) einstellte. Wir konnten den Betrieb also nicht voll zum Stillstand bringen. Weiter ist der starke Zuzug von jungen, unorganisierten Kollegen aus den hiesigen Handelsgärtnereien zu berücksichtigen. In einer früheren Nummer dieser Zeitung sind die Löhne der Gehilfen in der Handelsgärtnerei angeführt. Hieraus kann man sich ein Bild machen über das ganz natürliche Streben dieser Kollegen nach mehr Verdienst. Und die Landschaftsgärtnerei ist da die erste Zufluchtsstätte; erhalten sie hier 30 bis 35 Pfg. pro Stunde, so bedeutet das schon eine wesentliche Lohnverbesserung gegenüber ihrer bisherigen Tätigkeit in der Handelsgärtnerei. Allerdings ist diese Rechnung nur scheinbar richtig; denn Arbeit auf Landschaft ist mit höhern Unkosten verknüpft. Mit diesem natürlichen Zuzug aus den Dresdener Handelsgärtnereien haben wir zu rechnen.

Die Firma Meurer hilft aber weiterem Zuzug noch künstlich nach. Das geschieht durch regelmäßig im Winter oder im zeitigen Frühjahr wiederkehrende geschmackvoll abgefaßte Inserate in den gärtnerischen Offertenblättern: „Gesucht werden junge Gehilfen für Handelsgärtnerei und Landschaft“. Durch die geschickte Verquickung beider Branchen spekuliert die Firma auf solche Kollegen, die bisher nur in Handelsgärtnerei gearbeitet haben und sich williger ausbeuten lassen. Diese Kollegen glauben ferner, in einem gemischten Betriebe dauernde Stellung zu finden und sich auf Landschaft gründlich einarbeiten zu können. Der Antritt hat in der Regel am 1. März zu erfolgen. An Lohn werden 75 Mk. pro Monat, ohne alles, gezahlt. Nach einigen Tagen Arbeit in der Gärtnerei werden diese Gehilfen auf Landschaft hinausgeschoben und erhalten nun, bei 11stündiger Arbeitszeit, genau berechnet, pro Stunde 27 Pfg. Wenn Pfingsten herankommt, fliegt dann einer nach dem andern aufs Pflaster, und die Firma hat ein feines Geschäft gemacht.

Ältere, dauernd beschäftigte Kollegen sind gegen 6 Mann vorhanden, bei Stundenlöhnen von 38 bis 44 Pfg.; diese behaupten, daß sie bei Meurer mehr verdienen, als in andern Firmen bei 45 Pfg. Stundenlohn. Tatsächlich trifft es auch zu. Aber die Art und Weise, wie das erzielt wird, ist moralisch nicht ganz einwandfrei. Zunächst „reißt man sich bei der Arbeit kein Bein aus“. Zu einem Stück Arbeit, das bei normalen Verhältnissen in drei Stunden fertig zu stellen ist, gebrauchen Meurer's Gehilfen einen ganzen Tag. Ja, um damit fertig zu werden, machen sie noch 2 Überstunden. Die letzteren machen sie allerdings nur buchmäßig in folgender Form. Bei beendeter Arbeit um 7 Uhr ist noch das Geschirr ins Geschäft zu bringen. Man geht erst mal in seine Wohnung oder in ein Restaurant und ißt Abendbrot. Oder man arbeitet auf eigne Rechnung auf einem Hausmannsposten oder in fremden Gärten. Dann trägt man abends 9 Uhr endlich das Geschirr ins Geschäft, meldet sich, und die 2 Überstunden werden bezahlt. Auch tagsüber verschwinden die alten Kollegen stundenlang von der Arbeitsstelle und arbeiten anderswo auf eigne Rechnung, verdienen also doppelt. Durch solche unsaubern Manipulationen versuchen sich diese Kollegen durchzuschlagen. Sobald wir aber gegen Meurer eine Lohnbewegung oder einen Streik führen, dann sind die alten Leute bestimmt als Arbeitswillige auf dem Plan. Diese alte Garde ist Herr Meurer würdig.

Zu gewissen Jahreszeiten sind aber auch unter den älteren Leuten schon Revolten ausgebrochen. Wenn im Sommer die Landschaftsarbeit knapp ist, läßt Meurer Efeustecklinge in Massen machen. Als rechnender Unternehmer kürzt er hierfür den Lohn auf etwa 30 Pfg. pro Stunde. Bei solchen Anlässen entstanden schon mehrmals Differenzen. Der eigentliche Macher der Firma ist der am Reingewinn des Geschäfts mitbeteiligte Obergärtner Haack. Alle reaktionären Maßnahmen der Firma

gegen die Gehilfen entspringen dessen Hirn. Er fungiert als spiritus rector. Die alte Frau Meurer läßt eher Gerechtigkeit walten, hat aber wenig Einfluß. Der Sohn Fritz fungiert mehr als das fünfte Rad am Wagen, was seinen Fähigkeiten als Mensch und Fachmann auch ungefähr entspricht.

In einer ganzen Reihe andrer Landschaftsfirmen sind ebenfalls noch Mißstände vorhanden, wenn auch nicht in so krasser Form wie oben geschildert. Aber Kollegen, das darf niemand abhalten wieder den Kampf aufzunehmen. Wir haben vor Jahren in der Dresdener Landschaftsgärtnerei schon schöne Erfolge erzielt. Jetzt hebt sich wieder durch reichliche Arbeit auf Neuanlagen die Zahl der Beschäftigten. Nutzen wir dies aus. Alle übrigen Arbeiter der Baubranche haben im letzten Jahre erhebliche Lohnzulagen erkämpft. Wollt Ihr Landschaftler dem mit verschränkten Armen zusehen? Nein und abermals nein muß die Antwort lauten. Alle Landschaftler gehören in den Allgemeinen Deutschen Gärtnerverein.

Haucke, Dresden.

Gärtnerlehrlinge und Gewerbeschule.

Einen neuen Erfolg seiner Bemühungen um Anerkennung des gewerblichen Arbeitsrechts kann der A. D. G. V. buchen. Aus Rostock wird nämlich berichtet, daß, auf Grund eines Berichtes der Gewerbekommission, die Bürgervertretung zugestimmt habe, daß Gärtnerlehrlinge in Handelsgärtnereien mit Ladengeschäften und in Kunstgärtnereien, soweit diese in der Stadt und in der städtischen Feldmark gelegen sind, zum Besuche der Gewerbeschule bis zur Beendigung der Lehrzeit, spätestens bis zum 18. Lebensjahre verpflichtet sind. Das großherzogliche Ministerium zu Mecklenburg-Schwerin hat zwar Bedenken gegen diese Verordnung geltend gemacht, aber den Erlaß später genehmigt. Auch die Bürgervertretung hat diese Ratsvorlage angenommen, so daß sämtliche Gärtnerlehrlinge, die in den Handelsgärtnereien beschäftigt sind, die Gewerbeschule besuchen müssen.

Noch ein Erfolg!

Im „Handelsgärtner“ vom 9. Dezember ds. Js. lesen wir:

„Fachunterricht für junge Gärtner in Köln. Von der Gehilfenschaft ist bei der städtischen Verwaltung durchgesetzt, daß an der Kunstgewerbe- und Handwerkerschule in den Wintermonaten, vom Oktober bis März, eine Unterrichtsabteilung für Gärtner angegliedert worden ist; in der Sommerzeit sollen hier anschließend praktische Übungskurse stattfinden. Wünschenswert dürfte es sein, daß die Prinzipale derartigen Bestrebungen wohlwollend gegenüberstehen und selbst, wenn sich die Durchführung nicht direkt im Anschluß an die Landwirtschaftsschulen ermöglicht, jede Form der Fortbildung unsrer Gehilfen Unterstützung findet. Die Gewerbeschulen bieten in dieser Hinsicht Gelegenheit, durch gute Lehrkräfte und entsprechende Räume, manche Vorteile, die anerkannt werden sollten. Wir wollen wünschen, daß der Lehrplan mit der Zeiterweiterung und auch den Handelsschulfächern Rechnung getragen wird, umso mehr als an den jungen Gärtner auch auf kaufmännischem Gebiete mancherlei Anforderungen gestellt werden und eine bessere Kenntnis der Rechtslage wie auch der Handelsvorschriften ihm nur zum Vorteil gereichen würde.“

Wir dürfen auch diesen Erfolg auf das Konto des A. D. G. V. buchen, denn auch er ist die Folge unsrer Eingabe vom Januar ds. Js. und weiterer Bemühungen.

Das Unternehmertum hält in seiner Praxis an seiner Bildungsfeindlichkeit fest.

Bildungsfeindliche Unternehmer.

An den Deutschen Universitäten ist in den letzten Jahren eine Bewegung entstanden, die auch für die Arbeiterschaft unmittelbares Interesse hat. Ein vorerst zwar nur kleiner Teil der Studenten, erfüllt von dem ehrlichen Streben, die unheilvolle Entfremdung der Akademiker von der arbeitenden Bevölkerung entgegenzutreten, hat angefangen sich auf seine Verpflichtung gegenüber der Gesamtheit zu besinnen. „Akademische Unterrichtskurse für Arbeiter“ so heißen die jungen Organisationen, die jetzt in fast allen Hochschulstädten bestehen. Ihr Ziel ist Erteilung von Elementarunterricht besonders an ältere, der Fortbildungsschule entwachsene Arbeiter und Arbeiterinnen durch Studenten und

Studentinnen. Deutsch, Rechnen, Schreiben, Stenographie, Geometrie, Erdkunde, zumteil in mehreren Stufen geteilt, bilden die Unterrichtsgegenstände. Jeder Kursus dauert ein Semester bei einmaligem Unterricht wöchentlich abends von 8—10 Uhr.

Eine solche Einrichtung hat u. a. auch die „Freie Studentenschaft“ an der Technischen Hochschule in Hannover geschaffen. Um nun eine möglichst starke Beteiligung an diesen Kursen zu erreichen, versandte die Leitung auch an die Unternehmer der größeren Firmen in Hannover Ankündigungen, denen sie die Bitte beifügte, die Plakate in den Betrieben auszuhängen. Der „Verein der Metallindustriellen der Provinz Hannover“ nahm daran aber Anstoß und bemüht sich nun, die Sache zu unterdrücken. Ein Rundschreiben dieses Vereins an seine Mitglieder hat folgenden Inhalt:

„An sämtliche Mitglieder der kartellierten Firmen des Vereins.“

Von dem Ausschusse der „Freien Fortbildungskurse“ für Arbeiter werden zurzeit Plakate an die hiesigen Firmen gesandt mit dem Ansuchen, sie im Betriebe auszuhängen.

Wir warnen dringend davor, diesem Ansuchen der gewerkschaftlich organisierten Studenten der Technischen Hochschule zu entsprechen, da dies gleichbedeutend wäre mit einer Unterstützung der Gewerkschaften überhaupt.“

Es kann ja keinem Zweifel unterliegen, daß, wie alle Einrichtungen, die Volksbildung verbreiten, so auch die freistudentischen Fortbildungskurse, den Gewerkschaften und der gesamten Arbeiterbewegung vergrößerte Kraft zuführen müssen.

Aber die Kraft der Bildung wird doch sonst von allen Einsichtigen immer als das beste Gegengewicht gegen die „rohe“ Kraft der „nur aufgethetzten“ Masse bewertet. Man sagt mit Recht, die Vielen noch gefährlich erscheinende mächtige Welle der Arbeiterbewegung werde sich segensbringend und kulturfördernd über die Gebiete des Volkslebens ergießen, wenn und wo sie sich mit der Bildung vereint. Wenn nun der „Verein der Metallindustriellen der Provinz Hannover“ jene oben erwähnte Stellung einnimmt, so beweist er damit klipp und klar, daß ihm die Volkskultur absolut gleichgültig ist; das Höchste und Heiligste ist den Kapitalisten der Profit. Jener Metallindustriellen-Verein denkt mit dem ostpreussischen Junkertum: „Der dümmste Arbeiter läßt sich am meisten ausbeuten.“ Das ist uns ja nichts neues, man muß es sich aber dennoch als Beispiel merken für Fälle, wo man uns diese Herren als „Kulturträger“ vorzustellen sich erkühnt (siehe zum Beispiel preußische Wahlrechtsvorlage 1910).

„Handelsgärtner“-Phantasien.

Das Leipziger Blatt „Der Handelsgärtner“ bringt in seiner Nummer 48, vom 2. Dezember ds. Js., folgende mysteriöse Nachricht:

„Eine Lohnbewegung in Kassel? Von einem unsrer Mitarbeiter wird uns geschrieben, daß in Kassel von seiten des „Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins“ ein Streik versucht worden ist, ohne daß der erwartete Erfolg erzielt werden konnte. Dieses Vorgehen erscheint uns rätselhaft, muß doch berücksichtigt werden, daß es ein Akt der Klugheit ist, in den stillen Monaten, in denen jeder Arbeitskräfte entbehren kann, keinen Streik zu provozieren, oder hat sich die gewerkschaftliche Zentrale der Arbeitnehmer durch einige Heißsporne zu einer unüberlegten Handlung hinreißen lassen?“

Das ist der „Pils-Thalacker“ wie er lebt und lebt. Wenn er nicht direkt scharf macht, macht ers auf indirektem Wege. Oder sollte ihm solch Bericht wirklich zugegangen sein? Dann ist jener „Mitarbeiter“ in Kassel der Lügner und Schwindler, der dieses Märchen sich aus den Fingern gesogen hat. Unsr Kasselers Mitglieder glauben jenen Mitarbeiter in den Reihen des Kasseler „Kunstgärtnervereins“ oder an dessen Seite vermuten zu sollen.

Im übrigen hat der „Handelsgärtner“ während des letzten Jahres mehrere derartige Enten auch über andre Orte flattern lassen. Und über die wirklich stattgefundenen Lohnbewegungen und Streiks ließ er sich das tollste Zeug zusammenschreiben. Anständige und wahrheitsliebende Mitarbeiter scheint das Blatt nicht mehr aufzreiben zu können.

Unsr Kasselers Kollegen aber mögen auf derartige Zeichen achten. Es gilt alle arbeitnehmenden Kollegen für uns zu gewinnen und erst einmal eine unerschütterliche Position zu schaffen; dann wird man an diesem Orte sogar ohne Streik den Reaktionären aufspielen können; not tut es

wahrlich. Der „Handelsgärtner“ wird dann aber sicherlich eine neue Phantasie bringen.

„Standesbewußt!“

Im „Praktischen Ratgeber“ (Verlag Trowitzsch & Sohn, Frankfurt a. O.) vom 11. Dezember befindet sich folgendes Stellengesuch:

Weihnachts-Wunsch

30jähr., intelligenter Mann (Witwer ohne Anhang) von frischer, statlicher Erscheinung, 1,70 m groß, etw. gesetzt, aus guter Familie (geb. Hannoveraner), mitliebevollem, gutem Charakter, sucht sofort oder später Vertrauensstellung auf Rittergut oder im Herrschaftshause. Derselbe ist kaufmännisch gebildet und wünscht Stellung als Gutsverwalter, Förster, Jäger oder Obergärtner, da in all diesen Fächern erfahren und schon tätig gewesen, ist aber auch nicht abgeneigt, als besserer Diener, Begleiter, Chauffeur od. dergl. ein treuer Untergebener zu sein, da auch in Servieren, Tafeldekorationen, Zimmerarbeit etc. sehr gewandt. Bild, beste Zeugnisse, persönliche Vorstellung gern zu Diensten. Gefl. Offerten wolle man vertrauensvoll unter G. K. Pf. postlagernd Treuen i. Sa. bis spätestens 10. Dezember einsenden.

Ein solcher „Herr Kollege aus guter Familie“ würde sich eigentlich — da er auch seine „treue Untergebenheit“ beteuert — recht gut für eine „gelbe“ Organisation eignen. Die Förderer der „Gelben“ sollten sich solch einen Ausbund von Untergebenheit nicht entgehen lassen.

Rundschau.

Berlin, den 13. Dezember 1910.

Der nächste Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands findet in der Zeit vom 26. Juni bis 2. Juli 1911 in Dresden im Etablissement „Tivoli“ statt.

Englische Arbeiter-Deputationen. Zwischen der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und der Englands ist vereinbart worden, daß in Zukunft nur solche englische Arbeiter-Deputationen offiziell empfangen werden sollen, die ein Einführungsschreiben der englischen Generalkommission (General-Federation of Trade Unions) bei sich führen. Veranlassung zu diesem Übereinkommen ist die Art, in der verschiedene Deputationen, die von englischen Unternehmern nach Deutschland gesandt werden, ihre Studien betreiben oder besser gesagt unter Führung des von Unternehmerseite gestellten sprachkundigen Führers betreiben müssen.

Bei den Kaufmannsgerichtswahlen in München hat der Zentralverband der Handlungsgehilfen einen bedentsamen Erfolg errungen. Von 2205 abgegebenen Stimmen hat seine Liste 457, das ist eine Vermehrung um 277 Stimmen erhalten. Von den 45 Beisitzern erhält der Zentralverband 10 gegen 5 bisher.

Die Knappschaftswahlen im Waldenburger Bergrevier brachten dem Bergarbeiterverband einen großen Sieg gegen die Verbündeten, reichstreue Zechenpartei, christlichen Facharbeiter und Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine. Von 47 zu wählenden Knappschaftsältesten erhielt der Verband 42; seine Stimmenzahl hat sich vervierfacht.

Gewerbegerichtswahl in München. Bei der am 27. November stattgefundenen Gewerbegerichtswahl der Arbeitnehmervertreter in München haben die freien Gewerkschaften ein sehr günstiges Resultat erzielt. Abgegeben wurden insgesamt 19776 Stimmen, davon entfielen auf die Liste der freien Gewerkschaften 16792 (Zunahme 1909) und auf die Liste der christlichen Gewerkschaften 2984 (Zunahme 106). Die freien Gewerkschaften erhalten 51 Beisitzer, die christlichen 9. Die freien Gewerkschaften haben einen Beisitzer gewonnen, die christlichen einen verloren.

Gewerbegerichtswahlen in Görlitz. Bei der am 27. November stattgefundenen Wahl der Arbeitnehmerbeisitzer erhielt die Liste der freien Gewerkschaften 3092 Stimmen, die der Gewerkschaftenvereiner 494 und die der Christlichen 214 Stimmen. Bei der letzten Gewerbegerichtswahl 1907 wurden für die freien Gewerkschaften 2977 Stimmen abgegeben, während die gemeinsam vorgehenden

Christlichen und Gewerkvereiner 647 Stimmen erhielten. — Nach dem Proporzverhältnis entfallen somit auf die freien Gewerkschaften 11 Beisitzer, auf die Gewerkvereiner 1; die „Christlichen“ gehen leer aus.

Ein christliches Gewerkschaftsblatt für die Revolution. Das an der Zentralstelle der christlichen Gewerkschaften in Köln erscheinende und von diesem geistig subventionierte Organ des christlichen graphischen Verbandes „Die Graphischen Stimmen“, gibt bei einer Betrachtung über den Fortschritt der Menschheit und die französische Revolution recht ketzerische Gedanken zum besten. Nach einem etwas gesuchten sinnbildlichen Vergleich zwischen Frühling und Winter und lauen und tapferen Menschen, die den Fortschritt der Menschen hemmen oder fördern, preist das Blatt dann die französische Revolution als ein historisches Beispiel großen Stils für die Aufrüttelung der Geister. Es heißt u. a.: „Sie triumphierte freilich in Strömen Blutes und raffte zahllose Menschen dahin, aber sie gebar einen Völkerfrühling, sie fegte mit eisernem Besen fort, was morsch und verrotten war und befreite die Geister von dem Druck des finstern, alle Gebiete beherrschenden Absolutismus, sodaß die neuen, der Zeit angemessenen Ideen zur Entfaltung kommen konnten. — Auch heute noch täte uns eine großartige Revolution not, wenn auch keine, wie die französische, die lediglich durch brutale Machtmittel wirkte und auch manches zertrümmerte, was dem Wohle der Menschheit diene. Eine geistige Revolution bedürfen wir, die alles ausmerzt, was für unsre Verhältnisse faul und schlecht und unbrauchbar ist, damit die Bahn frei wird für Fortschritte und Errungenschaften, die der Menschheit wahrlich dienlich sind“. Und so geht es fort. Wie aber denken die christlichen Gewerkschaften über die Rolle des Zentrums, der ihnen nahestehenden politischen Partei bei diesem Befreiungskampfe?

Ein Kampf um den paritätischen Arbeitsnachweis bereitet sich im Malergewerbe Mannheim-Ludwigshafen vor. Der § 11 des Reichstarifs für das Maler- und Tünchergewerbe sieht die Errichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen vor. Die Unternehmerorganisation im Malergewerbe, die dem Industrie-Arbeitsnachweis der Scharfmacher angeschlossen ist, weigerte sich, bei der Schaffung eines paritätischen Arbeitsnachweises mitzuwirken. Das Gautarifamt in Frankfurt a. M. verurteilte am 24. März d. J. die Unternehmer, „in tunlichster Beschleunigung“ den Arbeitsnachweis mitzuhelfen zu errichten. Daraufhin traten die Meister mit der Gehilfenorganisation in Verhandlungen ein. Nach monatelanger Beratung stimmten die Vertreter der Unternehmer und die der Arbeiter einer Vorlage zu, die die Angliederung eines paritätischen Facharbeitsnachweises an den städtischen Arbeitsnachweis vorsah. In einer Unternehmer-Versammlung aber wurde die Vorlage einstimmig abgelehnt und beschlossen, beim Scharfmacher-Arbeitsnachweis als Mitglied zu verbleiben. Die Satzungen des Tarifs betrachten sie nicht als für sich bindend. Die frei- und christlich organisierten Maler und Tüncher beschlossen nun, im kommenden Frühjahr den Kampf gegen die Unternehmer um den paritätischen Arbeitsnachweis zu eröffnen.

Ein Streit um die Landarbeiter droht anscheinend zwischen den Ultramontanen in Bayern auszubrechen. Das Organ der katholischen Arbeitervereine hat vor kurzem die Notwendigkeit der Gründung von Arbeitervereinen auf dem Lande dazutun versucht. Die ultramontane „Augsburger Postzeitung“ ist darüber empört und schnarcht das Arbeiterblatt folgendermaßen an:

„Es ist ungeheuerlich, daß der „Arbeiter“ immer wieder die Gründung von ländlichen Arbeitervereinen empfiehlt, obwohl schon mehrere solcher Vereine sich nicht als lebensfähig erwiesen und wieder eingingen. So wenig sich die Bauernvereine mit dem Industriellenverband vereinigen werden, so wenig lassen sich landwirtschaftliche Arbeiter mit den Industriearbeitern in gleichen Vereinen und mit gleichen Gesichtspunkten leiten. Hierzu eignen sich viel besser die Burschenvereine oder die Heimschen Dienstbotenvereine. Staatsbürgerliche Schulung, Versicherungsgesetzlehre etc. kann und wird auch in diesen Vereinen behandelt werden. Warum also immer zersplittern?“

Diese rührende Sorge um die Landarbeiterorganisation hat natürlich ihren besonderen Grund. Man will die Landarbeiter nicht in zu nahe Berührung mit den Industriearbeitern kommen lassen, damit sie nicht durch Streikgedanken angesteckt werden. Seit in Bayern schon einige Male Land-

arbeiter, die in der christlichen Gewerkschaft organisiert waren, gestreikt haben, ist man in dieser Hinsicht im Zentrum sehr empfindlich geworden. Die ultramontan gesinnten Landarbeiter aber sollen offenbar garnicht gefragt werden, welche Organisationsform sie sich wünschen. Sie müssen sich einfach willenlos in den Pferch hineintreiben lassen, den der Herr Pfarrer für sie bestimmt.

Eine erfolgreiche Landarbeiter-Lohnbewegung. Die im Landarbeiterverband organisierten Pferdeknechte der beiden Güter in Halberstadt forderten nach Ablauf ihres auf ein Jahr lautenden Arbeitskontraktes am 10. November d. Js. eine Lohnerhöhung von 1 Mark pro Woche (bisheriger Wochenlohn 14 Mark) und Bezahlung der Überstunden. Die Gutsbesitzer wollten eine Lohnerhöhung für die Sommerszeit, vom 1. Mai bis 1. Oktober bewilligen. Das genügte den Pferdeknechten nicht. Mittags 12 Uhr am selben Tage führten die sämtlichen 58 Mann ihre Pferde nach den Ställen und stellten die Arbeit ein. Die Gutsbesitzer versuchten Tagelöhner und polnische Arbeiter unter Anerbieten eines Tagelohnes von 3,75 Mk. als Streikbrecher einzustellen. Aber nur drei, zur Arbeit völlig untaugliche fanden sich. Die deutschen und polnischen Gutsarbeiter lehnten einmütig die Streikarbeit ab, trotzdem einige deshalb entlassen wurden. Schließlich blieben noch die Gutsinspektoren, die man früh 5 Uhr die Rübenwagen lenken sah. Nach 2½ Tagen gaben die Gutsbesitzer nach und gestanden eine sofortige Erhöhung der Wochenlöhne von 14 Mk. auf 15 Mk. für das ganze Jahr zu. Während der Erntezeit soll eine weitere Erhöhung eintreten. Die Bewegung hat somit für die Arbeiter einen glatten Erfolg gebracht und der Halberstädter Ortsgruppe des Verbandes ein halbes Hundert weiterer Mitglieder zugeführt.

Streikversicherung der Unternehmerverbände. Nach einer statistischen Zusammenstellung im „Reichsarbeitsblatt“ sind im Jahre 1910 von 115095 Mitgliedern der Unternehmerverbände, die 3854680 Arbeiter beschäftigten, 27100 Mitglieder mit 1952480 beschäftigten Arbeitern gegen Streikschiaden versichert. 27 Reichs-, 51 Landes- und Bezirks- und 129 Ortsverbände gewähren eine Geldentschädigung. Nur bei Streik zahlen 18 Verbände, nur bei Aussperrungen 3 Verbände, in beiden Fällen 124 Verbände Streikentschädigung. Die Entschädigung wird nach freiem Ermessen von 87 Verbänden, nach festen Grundsätzen von 58 Vereinen gezahlt. Die Textilindustrie figuriert bei dieser Aufstellung mit 48 Verbänden an erster Stelle, ihr folgt das Baugewerbe mit 45 Verbänden.

Korrespondenzen.

Braunschweig. In einer für Braunschweiger Verhältnisse gut besuchten Versammlung sprach Kollege Wächter über: „Sind die Kollegen Braunschweigs mit ihrer Lage zufrieden?“ In der den Vortrage folgenden Diskussion sprach zunächst ein Kollege seine Verwunderung aus über die skandalösen Zustände in Braunschweig. Vor allen Dingen geißelte er scharf die Paschawirtschaft des Herrn Promenadeninspektors Kreis. Als einer der dort Beschäftigten um Lohnzulage einkam, fertigte Herr Kreis diesen Kollegen mit den Worten ab: „Was, — mir mögen Sie dieses sagen, mir?!“ Ein einsichtiger Vorgesetzter freut sich, die Wünsche seiner Arbeiter kennen zu lernen. Herr Kreis aber mag diese garnicht einmal hören. Oder weiß er es schon ohnedem, daß die in dem ihm unterstellten Betriebe bezahlten Löhne bei den heutigen Verhältnissen Hungerlöhne sind? Als Ehrenmitglied des „Privatgärtnerverbandes“, der die Standesinteressen vertreten will, müßte es ihm bekannt sein. Oder geht es ihm wie Herrn Massias in Hagen?

In der weiteren Diskussion wurde vor allem auch auf die unhaltbaren Zustände in der gewerblichen Gärtnerei verwiesen. Gibt es doch eine Anzahl Stellen, wo, neben freier Wohnung und Kaffee, den ganzen Monat 55 Mark bezahlt werden. Ein Kollege führte aus, daß ein verheirateter Kollege diese Woche mit 9 Mark Lohn zuhause gehen müsse, da er einige Tage wegen schlechtem Wetter nicht arbeiten konnte. Da kann man es begreifen, wenn die Unternehmer ihren Leuten verbieten, der Organisation beizutreten. Sie können jedoch versichert sein, Herr Weidner, auch in Braunschweig dauert es nicht mehr lange, und die Organisation schafft bessere Zustände.

Aber Ihr Kollegen Braunschweigs: Seid stets auf der Hut. Ihr könnt Eure Zahl vermehren; denn wenn die indifferenten Kollegen aufgeklärt werden, wenn sie uns und unsre Bestrebungen

kennen lernen, schließen sie sich auch mit an. Dann aber werden auch für Euch in Braunschweig menschenwürdige Zustände geschaffen mit Hilfe der Organisation.

Göppingen. Am Samstag, den 3. Dezember, ist es uns nach vieler Arbeit gelungen, in Göppingen eine Zahlstelle des A. D. G. V. zu gründen. Wer da weiß, wie beschmutzt und gemein der Platz von den Herren „Christen“ verlassen wurde, der begreift, wie hart es war, hier den freigewerkschaftlichen Organisationsgedanken zu verbreiten. Trotz alledem ließen wir es nicht an Mitteln fehlen, der gerechten Sache der Arbeiter Boden zu schaffen. Und heute können wir mit Stolz sagen, daß wir in dem einst so vielbesungenen Gauvorstandssitz des D. G. V. (Kaipf) einen Stamm überzeugter Anhänger unserer Organisation haben. Den noch fernstehenden Kollegen rufe ich zu: Tretet ein in die Reihen Eurer Arbeitsbrüder und kämpft für eine bessere Zukunft und für eine Existenzmöglichkeit in unserm Beruf! Erinnert Euch an das Wort des Herrn Fritz (ehemaliger Gärtner und jetzt Meister in einer Göppinger Fabrik): „Kämpft als Männer im A. D. G. V., damit Ihr nicht gezwungen werdet, im Alter umzusatteln!“ Zugleich führt Euch vor Augen, daß nur der A. D. G. V. bis jetzt Verbesserung für Euch gebracht, während das christliche Zwitwerggebilde nur Uneinigkeit gesät und viele Schuld trägt, daß wir heute noch miserabel dran sind. Führt auch den letzten der hiesigen Kollegen unsrer Organisation zu! -f-

Leipzig. Der „Deutsche Privatgärtner-Verband“ (Sitz Düsseldorf) in Leipzig. Am Sonntag, den 4. Dezember, fand hier eine vom D. P. G. V. veranstaltete Versammlung statt, um hier eine Ortsgruppe dieses Verbandes zu etablieren. Schon beim Betreten des Lokals gewann man den Eindruck, daß die Versammlung von einer „gewissen Seite“ vorbereitet war, und man erhielt in dieser Hinsicht auch wirklich bald eine Aufklärung. Trotzdem es in Leipzig und dessen Umgebung eine Unmenge Privatgärtner gibt, die an dieser Versammlung doch eigentlich alle interessiert waren, hatte man sich hier vorerst auf einen ganz kleinen Personenkreis beschränkt. Es waren 47 Personen erschienen, der größte Teil aus dem städtischen Betriebe; auch war (vielleicht aus eigenem Antriebe) der städtische Garteninspektor Ackermann zugegen. Nach Information über die ganze Sachlage mußte man zu der Erkenntnis kommen, daß die Spitzen der Gartenverwaltung die ganze Agitation dirigiert hatten.

Als Referent war ein Obergärtner Wessolek aus Hagen i. W. erschienen, der in kurzen Worten den Zweck und Nutzen seines Verbandes schilderte. Der Anfang der Rede war ungefähr folgender: Ich bin keiner von denjenigen, der durch Phrasen und Schlagwörter die Kollegen fesseln will. Unser Verband hat es sich zur Aufgabe gemacht, das Standesbewußtsein und die Kollegialität zu fördern. Die Herrschaftsgärtner ständen leider immer noch unter der Gesindeordnung; in dieser Angelegenheit hätte sein Verband sich ebenfalls mit einer Petition an den Reichstag gewendet, es wäre aber immer noch alles beim alten. Daß der D. P. G. V. auf dem richtigen Wege sei, bewiese, daß er pro Monat einen Mitgliederzuwachs von über 100 nachweisen könne und insgesamt jetzt 1200 Mitglieder vorhanden seien. Redner hob dann das Unterstützungswesen hervor; alle nur möglichen Unterstützungen würden gewährt. Da aber die Kasse noch nicht genügend fundiert ist, werden die Unterstützungen als Darlehen gezahlt; das betreffende Mitglied muß sich verpflichten, die erhaltene Unterstützung innerhalb einer gewissen Zeit ratenweise zurückzahlen. Auch Witwen- und Waisenunterstützung würde gewährt; in diesen Fällen wird das Geld durch ein Umlageverfahren eingezogen. Referent sang dann noch ein Loblied auf den Idealismus der Mitglieder. Sämtliche Posten seien ehrenamtliche; selbst er, der soviel in der Welt herumreise, bekomme nur die Fahrgelder.

Innerhalb 20 Minuten war der Redner mit seinem Vortrag zu Ende. In der Diskussion forderten einige, wahrscheinlich dazu instruierte Stadtgärtnergehilfen, auf, dem Verband beizutreten, was prompt befolgt wurde.

Als Schreiber dieses an den Referenten die Fragen stellte, „was der Verband auf wirtschaftlichem Gebiete für seine Mitglieder zu tun gedanke, und wie er seine Mitglieder schützen wolle vor schlechten Stellungen usw. und hinzufügte, daß es sich doch mit den Grundsätzen einer Arbeitnehmerorganisation nicht vereinbaren lasse, wenn man auch pensionsberechtigte Garteninspektoren und -Direktoren als Mitglieder führe, die doch ganz andern Grundsätzen huldigen als der arbeitnehmende Gärtner“, erledigte man diese Fragen

in der Weise, daß nichtssagende Redensarten gebraucht wurden. Auf eines blieb aber die Antwort nicht aus: Der Referent konnte nicht umhin, eine Lanze zu brechen für die Herren Direktoren etc., vor allem für den Herrn Stadtgartendirektor Siebert in Frankfurt a. M., der aufrichtige Fühlung nehme mit dem Privatgärtnerstande. Auch ein Gärtner Schlegel aus dem städtischen Betriebe hob ganz besonders hervor, wie gut es erscheine, daß diese Herren mit den Gehilfen Fühlung nehmen, sie, die Gehilfen, könnten von ihnen in fachlicher Beziehung nur lernen, auch wäre es notwendig, mit den Herren in gutem Einvernehmen zu bleiben, es wäre dann leichter, etwas zu erreichen, als ohne diese. Auch von verschiedenen andern Kollegen wurde noch angeführt, daß diese Fragen dem Herrn Referenten wohl zu unerwartet gekommen seien, da man doch eine kleine Aufregung beobachten könnte. Nachdem 19 der Anwesenden ihren Beitritt vollzogen hatten (17 waren Stadtgärtner und nur 2 Privatgärtner), erklärte der Referent, daß er sich über dieses Resultat freue, auch der Hauptvorstand würde überrascht sein von dieser Zahl. Als Vorsitzender wurde unter andern auch der Herr Stadtgarteninspektor Ackermann vorgeschlagen, der aber, da er bis jetzt nicht Mitglied sei, klugerweise ablehnte. (Aufgenommen werden nur solche, die eine „selbständige“ Stellung bekleiden und mindestens 24 Jahr alt sind. Der Eintritt beträgt 1 Mark, der Beitrag monatlich 60 Pfg.).

Unwillkürlich muß man zu der Frage gelangen: Haben denn die Stadtgärtnergehilfen, als sie ihren Beitritt erklärten, aus eigenem klarem Ermessen gehandelt, oder haben sie unter dem Bann des Garteninspektors gestanden? Man findet in der Tat keine Worte, gegenüber solch alten, erfahrenen, ja zumteil ergrauten Kollegen, daß sie ihr Geld einem Verband zuführen, der ihnen nie — Vorteile bringen kann. Fischer.

Stuttgart. Dem Herrn Christen-Kollegen Frühauf zur Erwiderung auf seine in Nr. 22 der „Deutschen Gärtner-Zeitung“ gemachte Bemerkung („An solchen Mitgliedern, die selbst bei den Genossen „unangenehm“ auffallen, ist uns nichts gelegen“):

Ich stelle fest, daß Mitglieder in der hiesigen Zahlstelle des „Deutschen nationalen Gärtnerverbandes“ sind, die wir vor Jahren gern vermißten wegen ihrer rührenden Tätigkeit als Kollegen in unsern Reihen. Heute, — ach Gott, was sind die „Christen“ so froh, einen Göltenboth, Kuh und Rebmann zu haben. Wir gönnen diese Herren Euch gern! Warum? Weil Sie uns, unangenehm aufgefallen sind. Fausel.

Weinheim a. d. Bergst. Über die Gartenbauschule Weinheim wird uns geschrieben: Lehrlingszuchterei, Gimpelfang. 1 Anstaltsgärtner, 10 Lehrlinge, 1 Volontär; Arbeitszeit 11 Stunden, dazu Sonntags zeitweise bis 11 Uhr, wenn möglich, auch noch länger; keine geregelte Arbeitszeit. Dabei firmiert als 1. Städt. Gartenbauschule, und wird mit staatlicher und städtischer Begünstigung hausieren gegangen, die garnicht besteht. Vielmehr wird den Handelsgärtnern auf jede Art und Weise Konkurrenz gemacht. Stadtgärtnerei für 4500 Mark übernommen, für den Betrag garnicht zu machen. Dabei sieht die eigene Gärtnerei eigentümlich aus. 10 Lehrlinge zahlen pro Monat ca. 100 Mark Lehrgeld, werden mit Kosenamei wie Ochse, Esel, Rindvieh, Reudel, frecher Bengel, zeitweise Kanaille belegt, und als billige Arbeitskraft ausgenutzt bis aufs Äußerste. Unterricht ganz willkürlich, am meisten garnicht. Die beiden Gartenbaulehrer Herr Schnakenberg und Herr Vollmer mußten die gewöhnlichsten Arbeiten machen und erhielten seitens des Gartendirektors (?) die Anranzer. Beide sind gegangen, sowie der Obergärtner Max Bühs, weil der Herr Gartendirektor, staatlich u. königl. gepr. diplomierter Gartenmeister, die Herren als „Bierleichen“ zu bezeichnen pflegte und das im Beisein der Lehrlinge! Wo dann der Respekt bleiben soll, ist unklar. — Zu den „Bierleichen“ ist zu bemerken, daß die Herren, die im Alter von 38, 28 und 26 Jahre stehen und höhere Lehranstalten besucht haben, als „kolossales“ Gehalt Mark 40 pro Monat bezogen; wie man da sich dem Besuch der Wirtskneipen hingeben kann, ist unklar!

Obige Titulaturen der Lehrlinge, für die die Eltern viel Geld ausgeben — und die garnichts lernen — und als Arbeitserbe benutzt werden, sollen auch bei Tisch mehrfach fallen, wie auch die Herren Lehrer bei Tisch abgezankelt wurden. Neuerdings übt die Direktion „Gimpelfang“ durch Inserate in „Möllers Deutscher Gärtnerzeitung“:

Gartenbauschule Weinheim. Beginn des theoretischen Unterrichtskurses 18. Oktober. Kein Internat. Auskünfte und Prospekte frei. Die Direktion.

Die „Direktion“ ist der Herr „Gartendirektor“, staatlich und königlich geprüfter, diplomierter Gartenmeister! —

Wie sich der Herr ohne Lehrkräfte und Lehrmittel den theoretischen Unterricht denkt, ist unklar; der Herr schreibt als Dauer 2 Semester vor, will anscheinend für die Stadtgärtnerei, die er mit 10 Lehrlingen nicht bearbeiten kann, billige und tüchtige Arbeitskräfte, die für sogenannten Unterricht noch zuzahlen. Schade um jede Mark!

Die drei genannten Herren geben Interessenten wohl gern jede Auskunft. — Veriaicus.

Weißensee bei Berlin. Der vielen Kollegen sattsam bekannte Gärtnereibesitzer Severin ist auch Schöffe und Gemeindevertreter in der Gemeinde Weißensee. In seiner letztgenannten Eigenschaft hat er sich herausgenommen, eigenmächtig den Bau eines Gewächshauses auf dem Friedhofe an der Roelkestraße zu verfügen, natürlich auf Gemeindekosten. Die Geschichte ist auf 5100 Mark gekommen, die letzte Woche in einer Gemeindevertreterversammlung „nachbewilligt“ werden sollten. Das ging aber so glatt nicht ab, wie der Herr Severin gewünscht hatte. Als Dezernent der Friedhofsverwaltung hatte er (so meinte der Herr) die Auffassung, daß für diesen Zweck Mittel im Etat standen, und wegen der Kürze der Zeit glaubte er im Interesse der Gemeinde zu handeln, wenn er diese dringende Arbeit sofort ergötze, da sonst ja die Überwinterungspflanzen erfroren wären. Mit dieser Entschuldigung kam er aber nicht weit, denn „zufällig“ baute der gleiche Gewächshausbaunternehmer auch für den Gärtnereibesitzer Severin ein solches Haus. Dieses zufällige Zusammentreffen wurde von einigen Gemeindevertretern ganz besonders geißelt. Auch wurde die Sachverständigkeit Severins in starke Zweifel gezogen, denn Herr Dr. Pape sagte es rund heraus, daß Herr S. in Gärtnerkreisen nichts gelte und es in seiner Gärtnerei am „schlechtesten aussieht“. Der Gemeindevorsteher drohte mit Entziehung des Wortes und Verweisung der Angelegenheit in die geheime Sitzung, wenn die persönlichen Momente nicht ausgeschaltet würden. Jedoch ließ sich Herr Dr. Pape durchaus nicht aus der Ruhe bringen, denn er machte noch Herrn Severin weiter den Vorwurf, daß die von ihm gelieferten Pflanzen zur Straßendekoration andre Gärtner auf den „Mist geschmissen hätten“. Von bürgerlicher Seite sprachen sich noch die Herren Kurt und Langsch gegen die Amtsführung des betreffenden Schöffen Severin aus. Frenz, Taubmann und Fuhrmann (Soz.-Dem.) legten ganz energisch Verwahrung ein, daß die Rechte der Gemeindevertreter von einem Gemeindevorstandsmitgliede beschnitten werden; in Zukunft würden sie solchen Eigenmächtigkeiten damit ein Ende bereiten, daß die entstandenen Kosten die betreffenden Herren selber auferlegt würden. Zugleich sei damit der beste Beweis erbracht, wie verderblich es ist, daß Mitglieder der Gemeindevertretung mit Arbeiten und Lieferungen der Gemeinde betraut werden. Diese Anregung soll in einer der nächsten Sitzungen besprochen werden. Die Mitglieder der neuen Fraktion, deren Mitglied der Schöffe Severin ist, verhielten sich teilnahmslos. Das beste was sie machen konnten, denn gerettet hätten sie den Freund nicht mehr. Zum Schluß wurde die Summe von 5107,75 M für das schon in Betrieb genommene Gewächshaus, gegen die Stimmen der Herren Dr. Pape und Knorr, bewilligt.

Allgem. Deutscher Gärtnerverein.

Berlin N. 37, Metzter Straße 3. Fernsprecher: Amt 3, 5382.

Vorsitzender Josef Busch.

Bei jedem schriftlichen Verkehr ersuchen wir um deutliche Angabe der Adresse des Absenders. (Name, Ort, Straße und Hausnummer.)

Bekanntmachungen.

(In jeder Mitgliederversammlung zu verlesen.)

— Sonntag, den 18. Dezember ist der Beitrag für die 51. Woche fällig.

— Kalender 1911. Wie schon in voriger Nummer berichtet wurde, ist die Kalenderauflage vergriffen. Der Hauptvorstand hat eine Neuaufgabe beschlossen, die Anfang Januar erscheint. Wir ersuchen, weitere Bestellungen entgegenzunehmen.

— I. Agitationsbezirk. Ortsverwaltung Hamburg. Das Büro befindet sich jetzt: Große Theaterstraße 44, III. Etage (Nähe des Dammtorbahnhofes am Stadttheater).

Kassenabschluß der Hauptkasse für das dritte Vierteljahr 1910.

Einnahmen.

	Haupt-Summe	Eintritts-gelder	Ordentl. Beiträge	Extra-Beiträge	Inserate	Bezugs-geld	Verlag	Buch-handel	Zuschn von den örtl. Ver-waltungen zurück	Aus den Bezirken	Rechts-Schutz	Ver-schiedenes
Juli	680,57	1,00	35,85	1,00	573,64	15,90	0,85	—	—	—	—	52,33
August	1392,48	1,00	972,72	—	376,71	5,85	36,00	—	—	—	—	0,20
September	22008,56	100,00	17818,08	1711,25	155,43	372,45	24,85	13,85	87,25	1679,30	43,70	2,20
Sa.	24081,61	102,00	18826,65	1712,25	1105,78	394,20	61,70	13,85	87,25	1679,30	43,70	54,73

Ausgaben.

	Haupt-Summe	Zeitung	Unterstützungen					Agi-tation	Lohn-bewe-gungen und Streiks	Ge-hälter	Druck-sachen	Porto	Ver-lag	Buch-handel	Zu-schn an örtl. Ver-waltungen	Rechts-schutz	Haus-halt	Be-zirks-kassie-rung	An die Bezirke	Ver-schiedenes
			Arbeits-losen	Reise-	Kran-ken	Not-, Sterbe-, Umzüge	Gemass-regelt-													
Juli	2541,80	1290,57	—	4,00	—	35,00	—	331,00	170,00	391,00	0,90	66,53	—	—	—	53,55	118,25	—	40,00	41,00
August	3063,83	1051,30	—	4,00	—	20,00	—	186,80	—	395,00	—	55,65	923,50	—	—	—	16,36	—	154,00	257,22
September	8953,40	1337,14	1285,30	226,00	398,60	361,80	255,71	379,00	534,50	399,00	38,00	73,47	—	31,08	102,50	74,95	16,11	200,54	2824,50	415,20
Sa.	14559,03	3679,01	1285,30	234,00	398,60	416,80	255,71	896,80	704,50	1185,00	38,90	195,65	923,50	31,08	102,50	128,50	150,72	200,54	3018,50	713,42

Der Posten „Verschiedenes“ verteilt sich wie folgt: Versicherungen 26,30; Bindekunst 66,67; Sitzungen 41,55; Büromaterial 132,20; Statistik 79,50; Abonnements 10,35; Hilfskraft 63,45; Verschiedene Ausgaben der örtlichen Verwaltungen 262,20; Sonstige Ausgaben 31,20 Mark. Summa: 713,42 Mark. Bestand am Schlusse des zweiten Vierteljahres 1910: 18270,36 Mk. Einnahmen im dritten Vierteljahr 1910: 24081,61

Berlin, den 13. Dezember 1910. **Die Revisoren:** Josef Busch, Vorsitzender. Karl Retzlaff. Eduard Hübener. Wilhelm Huhnholz. Albert Fahldieck. **Summa:** 42351,97 Mk. **Ausgaben im dritten Vierteljahr 1910:** 14559,03 **Bestand am Schlusse des dritten Vierteljahres 1910:** 27792,94 Mk.

5. Agitationsbezirk (Sachsen-Thüringen) und Ortsverwaltung Dresden.

Das Büro ist verlegt nach Ritzenbergstr. 6, II (ebenfalls Volkshaus). Die genaue Adresse lautet: L. Haucke, A. D. G. V., Dresden-A. 1, Ritzenbergstr. 6, II. (Telephon 18462)

Ortsverwaltung Groß-Berlin. Die Delegiertenversammlung am 30. November wählte als 2. Ortsbeamten den Kollegen Ludwig Steinberg, Berlin-Wannsee. Außerdem wurde beschlossen, den arbeitslosen Kollegen zu Weihnachten aus der Kasse der Ortsverwaltung, wie schon früher, eine besondere Unterstützung zu zahlen. Bedingung ist: Die Kollegen müssen mindestens 26 Wochenbeiträge entrichtet haben, mindestens 14 Tage arbeitslos sein und sich auf dem Arbeitsnachweis der Organisation gemeldet haben. Verheiratete Kollegen erhalten 8,— Mk., Ledige 5,— Mk. Die Auszahlung der Unterstützung erfolgt am Freitag, den 23. Dezember von 11—1 Uhr im Büro der Ortsverwaltung.

Da die für Weihnachtsunterstützung ausbezahlten Summen in den letzten Jahren über 200 Mk. betragen, soll durch einen einmaligen freiwilligen Beitrag von 0,25 Mk. versucht werden, einen Teil der Summe zu decken. Die Kollegen erhalten für diese 0,25 Mk. eine Marke geklebt. Selbstverständlich kann auch von besser gestellten Kollegen mehr wie eine Marke genommen werden.

Danzig. Das Verkehrslokal ist verlegt nach Tischlergasse 28, Maurerherberge.

Sterbetafel.

Am Freitag, den 2. Dezember starb plötzlich an einem Lungenleiden unser Kollege

Jean Welkers

in Ohligs. Ehre seinem Andenken.

Ortsverwaltung Solingen.

Literarisches.

Karl Legien: „Die deutsche Gewerkschaftsbewegung“. Berlin. Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“, G. m. b. H. Preis gehftet 60 Pfg. Agitationsausgabe 25 Pfg. Bei der täglich steigenden Bedeutung der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist eine orientierende Schrift aus der Feder ihres Führers von besonderem Wert. Diese Neuerscheinung ist daher von jedem zu begrüßen, der für die Triebkräfte der sozialen Entwicklung überhaupt Verständnis hat. Der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands gibt in dieser Schrift einen Ueberblick über die Geschichte, die Tendenz, die innere Einrichtung, die Stärke und Leistungsfähigkeit und die Taktik der deutschen Gewerkschaften. Gerade bei der sachlichen und knappen Art der Dar-

stellung tritt der ungeheure Aufschwung, den die wirtschaftliche Klassenbewegung der deutschen Arbeiter im letzten Jahrzehnt genommen hat, plastisch vor uns Augen. Früher verächtlich als „Streikvereine“ bezeichnet, heute das wirtschaftliche Rückgrat der ganzen Klasse: eine Macht, mit der die Regierungen rechnen müssen, der die Unternehmer die Vertragsfähigkeit und Gleichberechtigung nicht mehr vorenthalten können. Und bei aller imposanten Entwicklung keine Selbstzufriedenheit, die zum Stillstand führt. Immer neue Gebiete werden einbezogen, immer neue Aufgaben werden gestellt. In der Einsicht, daß auf der Qualität des Menschennaterials schließlich die Zukunft jeder Bewegung beruht, denkt man in steigendem Maße an die fachliche und geistige Ausbildung des immer mehr anschwellenden Heeres. Auch diese Arbeit vollzieht sich ohne Ueberschwang, in nüchterner Absteckung der Ziele und in ruhiger Abwägung dessen, was in erster Linie notwendig ist. Die freiwillige Selbstbeschränkung garantiert aber auch, daß man das erreichte, was man sich vornimmt. Mit vollem Recht kann daher Legien seine Darstellung mit den Worten schließen: „Die Gewerkschaften erstreben eine höhere Kultur und wollen diese auf dem Wege ruhiger Entwicklung herbeiführen. Sie werden nach meiner festen Ueberzeugung ihre Aufgabe lösen, selbst wenn man sie durch eine Zwangsgesetzgebung daran zu hindern suchen sollte. Im Kampf mit den Unternehmern, im Kampf mit den Behörden und Organen der Staatsverwaltung sind die Gewerkschaften groß geworden; in dem Bewußtsein, daß sie schon heute eine Macht im Wirtschaftsleben bedeuten, können sie den ferneren Kämpfen mit Ruhe entgegensehen.“ Die Schrift Legiens bildet eine wertvolle Bereicherung der gewerkschaftlichen Literatur. Sie ist nicht nur jedem unentbehrlich, der sich mit der Gewerkschaftsbewegung beschäftigt, sondern sollte von jedem gelesen werden, der ein mehr als oberflächliches Interesse für soziale Neubildungen hat. Bei dem niedrigen Preis kann die Anschaffung dieser Schrift jedem empfohlen werden.

Das Fortbildungsschulwesen von Julius Bruhns erschien als Heft II der unter Leitung von Paul Hirsch herausgegebenen kommunalpolitischen Abhandlungen im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Der Verfasser gibt zunächst einen Ueberblick über die Geschichte und Entwicklung des Fortbildungsschulwesens. Daran schließt sich die Erörterung der Aufgaben und Ziele und — nach einer Schilderung der reaktionären Tendenzen — eine Darstellung der gesetzlichen und rechtlichen Grundlagen der Fortbildungsschulen. Nachdem Bruhns dann die innere Organisation der Fortbildungsschulen, die ländliche Fortbildungsschule und die Mädchenfortbildungsschule in den einzelnen Bundesstaaten besprochen hat, wendet er sich zur Darlegung der prinzipiellen Forderungen der Sozialdemokratie, um uns endlich unter Bezugnahme auf sozialistische Schriftsteller wie den schweizerischen Lehrer Robert Seidel und auf die Beschlüsse des Mannheimer Parteitagés das sozialistische Erziehungsideal vor Augen zu führen. Preis 1.— Mk. Agitationsausgabe 50 Pfg. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Kolportageur.

Die große Aussperrung und die Zukunft der Arbeiterkämpfe im Reich (68 Seiten 8°, Preis 50 Pf.). Unter diesem Titel ist im Verlag Kaden & Comp., Dresden, eine Broschüre erschienen, die den denkwürdigen Kampf der deutschen Bauarbeiter, der einzig dasteh in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, zum Ausgangspunkt einer Untersuchung der Möglichkeiten und Aussichten der Gewerkschaftskämpfe in Deutschland macht. Die Broschüre gibt zunächst eine Darstellung der Kapitalkonzentration und der sozialen Gliederung in den Reihen des Bauunternehmertums. Die Tätigkeit der Terraingesellschaften, die in Verbindung mit den Großbanken bereits dazu gelangt sind, ganz neue Stadtteile zu errichten, wird besonders berücksichtigt; desgleichen die Kartelle der Materiallieferanten. Diesem schließt sich eine Darstellung des Verlaufs der Bauarbeiteraussperrung an, der ein reiches Tatsachenmaterial zugrunde liegt. Das Scherwergewicht der Schrift liegt in den letzten zwei Kapiteln: „Die Taktik des Unternehmertums“ und „die Taktik der Gewerkschaften“. Der Verfasser zeigt, daß die Arbeitgeberverbände das Unternehmertum dem Großkapital ausliefern und unter dem Einfluß der Kartelle zu einer Vernichtung der Selbstständigkeit des Unter-

nehmertums führen. Einige Kapitalmagnaten beziehungsweise Kartelle und Großbanken an der Spitze der organisierten Kapitalistenklasse setzen die ganze soziale Macht dieser Klasse in jedem einzelnen dem Proletariat entgegen. „Das war noch nicht die Generalschlacht“ — sagt der Verfasser — „es war nur erst die Generalprobe auf die Generalschlacht.“ Er zeigt aber auch, daß die Kapitalisten durch diese Verallgemeinerung des Kampfes dazu kommen, mit der öffentlichen Meinung und politischen Einflüssen rechnen zu müssen. Es entspringt aus dieser Entwicklung keineswegs eine Schwächung der Gewerkschaften, im Gegenteil eine Steigerung der Macht der Gewerkschaften. Denn die Arbeiter werden dadurch erst zur vollen Entfaltung ihrer Klassenmacht gedrängt. Es stehen aber den Gewerkschaften in Deutschland, wie statistisch nachgewiesen wird, ganz gewaltige Organisationsmöglichkeiten offen. Die Frage der Organisation der ungelerten Arbeiter wird dabei besonders in ihren wirtschaftlichen Zusammenhängen erörtert, wobei das Ergebnis erzielt wird, daß grade unter diesen sich in der neuern Zeit für die Gewerkschaften gute Aussichten eröffnen. Es wird auch die Notwendigkeit und Wichtigkeit der Unterstützung der Gewerkschaftsaktion durch die politische sowohl durch die Tätigkeit in den Gemeinden wie das gesetzgeberische Vorgehen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes zur Entlastung und Förderung der gewerkschaftlichen Kämpfe auseinandersetzt. Besondere Aufmerksamkeit wird den Zusammenhängen zwischen den wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiter und den Konsumvereinen gewidmet. Die Tatsachen und wissenschaftlichen Betrachtungen dieser kleinen Schrift dürften jedem denkenden Arbeiter ein willkommenes Material liefern, um aus den Erfahrungen dieses großen Kampfes der Bauarbeiter sich ein begründetes Urteil zu bilden darüber, was in den kommenden Kämpfen anderer Berufe und in den allgemeinen Arbeiterkämpfen am meisten nützt.

„Zu Land nach Indien“ heißt ein neues Buch, mit dem Hed in seine Freunde überträgt, die Erzählung seines Karawanenzuges durch Persiens Stumpfwüsten, durch das steinerne, schwer zugängliche Seistan und das heiße Belutschistan bis an die Grenze des Indischen Reiches, wo sein staunenerregende Entdeckungen in Tibet durch Veröffentlichung sichergestellt werden, ehe er seine Hinreise erzählen konnte. Auch diese war reich an Gefahren, so im fanatischen Persien, dem klassischen Land der Räuber und des Rassenhasses, und im pestverseuchten Seistan. Aber auch reich an Erfolgen in den nur wissenschaftlich fruchtbaren Salzwüsten und Sandwüsten. Hunderte von Skizzen und Photographien und zwei Karten werden die beiden vornehmen Bände schmücken, die wieder bei Brockhaus erscheinen.

Inhalts-Übersicht zu No. 51.

Der Arbeitslohn und die Dreiteilung der Arbeiterbewegung. — Eine Kriegserklärung des Zentralverbandes deutscher Industrieller gegen die organisierte Arbeiterschaft — Die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung nach den Beschlüssen der Reichstagskommission. — Zustände in der Landwirtschaft: Meurer in Dresden. — Gärtnerlehrlinge und Gewerbeschule. — Bildungsteindliche Unternehmer. — „Handelsgärtner“. — Plantagen. — Standesbewußtsein. — Rundschau: Der nächste Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands; Englische Arbeiter-Deputationen; Bei den Kaufmannsgerichtswahlen in München; Die Knappschaftswahlen im Waldenburger Bergrevier; Gewerbe-gerichts-wahl in München; Gewerbegerichts-wahl in Görlitz; Ein christliches Gewerkschaftsblatt für die Revolution; Der Kampf um den paritätischen Arbeitsnachweis; Ein Streit um die Landarbeiter; Eine erfolgreiche Landarbeiter-Lohnbewegung; Streikversicherung der Unternehmerverbände. — Korrespondenzen: Braunschweig; Göttingen; Leipzig; Stuttgart; Weinheim a. d. Bergst; Weißensee b. Berlin. — Allgemeiner Deutscher Gärtnerverein: Bekanntmachungen. — Literarisches.

★ ★ Anzeigen-Teil. ★ ★

Die viermal gespaltene Petitzelle oder deren Raum kostet 30 Pfg.

Schluß der Anzeigen-Aufnahme: Dienstags früh.

Für den Anzeigenteil übernimmt die Redaktion nur die gesetzliche Verantwortung.

Bei Bestellungen berufe sich man stets auf diese Zeitung.

Fehlen Ihnen einige Gartenwerkzeuge? Bitte übertragen Sie deren Lieferung den Dresdener Werkstätten S. Kunde & Sohn Dresden-A. 38, Kipsdorfer Straße :: :: Katalog kostenlos.

Pflanzenbutter täglich frisch ab Fabrik direkt an Private aus d. allerfeinsten Pflanzenfetten hergestellt, frei von tierischen Fetten und äußerst bekömmlich, im Geschmack wie Feinste Meiereibutter z. Preise v. 70 Pfg. das Pfund

Meyers Klassiker-Ausgaben Unübertroffene Korrektheit — Schöne Ausstattung. Arim, 1 Band, geb. ... 2 Mk. H. v. Kleist, 5 Bände, geb. 10 Mk.

Seltene Gelegenheit zur Selbständigkeit! Ich will meinen ca. 4 Morgen großen Obst- und Gemüsegarten mit 30 Mistbeetfenstern, Wohnung und Stallung, Heißluftmaschine und kompletter Wasseranlage sofort an einen tüchtigen Gärtner für 600 Mk. pro anno (wofür auch Obst- und Gemüseabnahme; letzte Ernte über 100 Zentner Apfel und Birnen) verpachten.

Bei einem gewissenhaften und tüchtigen Leiter einer mittelgroßen Handels-, Hof- oder Privatgärtnerei wird für einen 17jährig. jungen Mann aus guter Familie eine Lehrlingsstelle mit Pension in der Familie des Lehrherrn für 1. Januar 1911 gesucht.

Gehilfen, die gesicherte Lebensstellung und zeitgemäße, alle Zweige der Gärtnerrolle betreffende, gründliche (192A+) wissenschaftliche Fach-Ausbildung erstreben, finden zum nächsten Kursus Aufnahme unter günstigen Bedingungen an der Thüringischen Gärtner-Lehranstalt Köstritz

Für Gärtner. In einer Stadt der Provinz Pommern, Altmark 4000 Einw. soll ein Hausgrdst. mit feinem Laden in bester Lage der St., nebst daran grenzenden 6 Morg. Garten wegen vorgerückten Alters des Bes. zu jedem annehmbar. Preis verk. werden.

der stärkst besuchten höheren Fachschule für Gärtner. I. Kursus für Gehilfen. II. Kursus für Berechtigung z. 1jähr. freiwilligen Dienst.

Beteiligung an Obst- und Gartenbau in der Nähe Dresdens mit ca. 5000 bis 10000 Mk. gesucht. Nur ausführliche Off. unter B 333 Haasenstein & Vogler, Dresden erbeten.

Hermann Meuser Spezialbuchhandlung für Gartenbau BERLIN W. 38-108, Steglitzer Straße 88. hält alle gärtner. Bücher auf Lager. Soliden Bestellungen wird b. Aufträgen v. 10 Mk. an ein Konto eröffnet, auf das monatl. 3 Mk. zu zahlen sind.

1911 Arbeiter- 1911 Notiz-Kalender. Reichhaltiger Inhalt. U. a.: Alle für Arbeiter wichtigen Adressen Porträts der im letzten Jahre neu gewählten sozialdemokratisch. Reichstagsabgeordneten

Verkehrslökal für Gärtner. (In dieser Rubrik kostet ein zweizeiliges Inserat pro Vierteljahr 2,50 Mk. (vorauszubahlen). Dafür erhalten die Inserenten regelmäßig ein Exemplar der Zeitung zum Aushängen in ihrem Lokal.)